

# Gemeinde Lindlar



Auskunft erteilt: Katrin Hoffer  
Geschäftszeichen:  
Zimmer Nr.: 400  
Telefondurchwahl: (02266) 96-410  
Telefax: (02266) 96 7 410  
Telefonzentrale (02266) 96 0  
E-Mail: [katrin.hoffer@lindlar.de](mailto:katrin.hoffer@lindlar.de)  
Homepage: <http://www.lindlar.de>

Lindlar, den 21.12.2011

## Niederschrift

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erhalten Sie die Niederschrift zur Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Hermann-Josef Tebroke  
Bürgermeister

Gremium	Sitzungs-Nr.
<b>Gemeinderat</b>	<b>20</b>
Sitzungsort	Sitzungstag
Evangelische Kirchengemeinde Lindlar, JUBILATE FORUM, Auf dem Korb 21, 51789 Lindlar	13.12.2011
Sitzungsbeginn	Sitzungsende
17:43 Uhr	19:37 Uhr

<b>Anwesend:</b>	<b>Entschuldigt fehlten:</b>
<p><b>Vorsitzender</b></p> <p>Tebroke, Dr. Hermann-Josef</p>	
<p><b>Mitglieder</b></p> <p><b>CDU-Fraktion:</b>            Broich, Elisabeth            Brückmann, Armin            Fischer, Achim            Heller, Guidor (ab 17.50 Uhr)            Hochscherf, Brigitte            Hotopp, Petra            Krieger, Dr. Klemens J. (ab 18.20 Uhr, TOP 8)            Kümpfer, Manfred            Löhr, Manfred            Orbach, Harald            Orbach, Wilfried            Puschatzki, Eckhard            Sauerbier, Ingo            Schmitz, Hans            Schmitz, Willi            Stadler, Wolfgang            Walter, Ortwin            Werner, Gerd            Willmer, Thomas</p> <p><b>SPD-Fraktion:</b>            Dinsing, Karl Heinz            Dreiner-Wirz, Jürgen            Freiberg, Lutz            Heilmann, Klaus            Kremer, Karl-Egon            Scherer, Hans Ludwig            Thiem, Heinrich            Voß, Heribert</p> <p><b>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:</b>            Becker-Schöllnhammer, Ursula            Bobrowski, Tobias            Heuwes, Patrick            Schlichtmann, Jörg            Siegfried, Christian</p> <p><b>FDP-Fraktion:</b>            Friese, Harald            Lob, Erika            Lob, Werner</p>	<p><b>FDP-Fraktion:</b>            Burczyk, Dieter</p>
<p><b>von der Verwaltung:</b>            Flohr, Oliver            Hütt, Werner</p> <p><b>Gast:</b>            Heller, Manfred</p>	

## behandelte Tagesordnung

**zur 20. Sitzung des  
Gemeinderates  
der Gemeinde Lindlar  
am 13.12.2011**

TOP	Beratungsgegenstand - Öffentlicher Teil -
1.	Feststellung der form- und fristgerechten Einberufung und Beschlussfähigkeit des Gemeinderates
2.	Fragestunde für Einwohner
3.	Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Gemeinderates vom 19.10.2011 - öffentliche Sitzung -
4.	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 19.10.2011 - öffentliche Sitzung -
5.	Verabschiedung eines Ratsmitgliedes
6.	Aktualisierung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Gemeinde Lindlar vom 12.08.2004
7.	Steinbruch Linde – Eintragung als Bodendenkmal
7 a.	Mobilfunksendemast „Am Sägewerk“ Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.10.2011 mit Ergänzung aus der Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses vom 07.12.2011
7 b.	Bauantrag auf Errichtung eines 8-Familienhauses in Lindlar
8.	a. Haushaltsreden der Fraktionen b. Aussprache über die Haushaltsreden
9.	Gebührenkalkulation Bestattungswesen 2012 und V. Nachtrag zur Gebührenordnung der Gemeinde Lindlar vom 12.08.2004 zur Friedhofssatzung der Gemeinde Lindlar
10.	Wirtschaftsplan des Gemeindewerkes Wasser und Abwasser Lindlar für das Jahr 2012
11.	Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Jahr 2010 - Gemeindewerk Wasser und Abwasser Lindlar -
12.	I. Nachtrag zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Gemeinde Lindlar vom 16.12.2010 a) Änderung der Bagatellgrenze für Wasserabzugsmengen bei der Berechnung der Schmutzwassergebühr

	b) Änderung des § 5 Abs. 7 Satz 2 c) Gebührenkalkulation des Gemeindewerkes Wasser und Abwasser Lindlar, Betriebszweig Abwasser
13.	XX. Nachtrag vom ..... zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserversorgungssatzung der Gemeinde Lindlar vom 18.12.1981
14.	Veränderungsnachweis aufgrund von Fachausschussbeschlüssen bzw. aktualisierten Verwaltungsempfehlungen
15.	Stellenplan 2012
16.	Haushaltssatzung 2012
17.	Informationen der Verwaltung
18.	Verschiedenes

<b>TOP</b>	<b>Beratungsgegenstand - Nichtöffentlicher Teil -</b>
19.	Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Gemeinderates vom 19.10.2011 - nichtöffentliche Sitzung -
20.	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 19.10.2011 - nichtöffentliche Sitzung -
21.	Informationen der Verwaltung
22.	Verschiedenes

### Öffentlicher Teil

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung um 17:43 Uhr, begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und die anwesenden Gäste.

Er verweist auf die mit Schreiben vom 08.12.2011 nachgesandten Sitzungsunterlagen zu den Tagesordnungspunkten 09, 10, 12, 13, 14 und 16.

Weiterhin verweist der Bürgermeister auf die Tischvorlage zu TOP 17, Information der Verwaltung (grün) sowie auf die Tischvorlagen zu

TOP 7a (grün): Mobilfunksägemast „Am Sägewerk“  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.10.2011,

TOP 7b (rosa): Bauantrag auf Errichtung eines 8-Familienhauses in Lindlar,

TOP 7c: Resolution des Gemeinderates von Lindlar an die Landesregierung und den Landtag NRW zur Gemeindefinanzierung  
Antrag der CDU-Fraktion vom 13.12.2011

und schlägt vor, die Sitzung um diese Tagesordnungspunkte – öffentlicher Teil – zu erweitern.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	einstimmig
-----------------------------	------------

**Zu TOP 1:**

**Feststellung der form- und fristgerechten Einberufung und Beschlussfähigkeit des Gemeinderates**

Der Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Einberufung und Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

**Zu TOP 2:**

**Fragestunde für Einwohner**

Herr Blumberg von der Bürgerinitiative „Alles-dicht-in-Lindlar“ dankt dem Bürgermeister für dessen Unterstützung. Er überreicht weitere Unterschriftenlisten, so dass dann insgesamt 1.231 Unterschriften vorliegen.

Frau Schmitz-Siegfried vom AK Mobilfunk teilt mit, dass sie mit dem Eigentümer der Flächen für den geplanten Mobilfunkstandort „Am Sägewerk“ gesprochen habe. Dieser habe erklärt, vor Vertragsabschluss mit der Verwaltung Kontakt aufgenommen und dort erfahren habe, dass der Standort in Ordnung sei. BM Dr. Tebroke und Herr Newrzella teilen mit, dass von einem solchen Kontakt keine Kenntnis hätten und sich eine solche Aussage auch nicht erklären könnten. Um das Missverständnis aufklären zu können, bitten sie darum zu erreichen, dass der Eigentümer den Namen des Mitarbeiters nennt oder sich gern auch direkt an Herrn Newrzella wendet.

**Zu TOP 3:**

**Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Gemeinderates vom 19.10.2011 - öffentliche Sitzung –**

Es ergeben sich keine Rückfragen oder Anmerkungen.

**Zu TOP 4:**

**Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 19.10.2011 - öffentliche Sitzung -**

Da keine Einwendungen und Beanstandungen vorgebracht wurden, stellt der Vorsitzende die Richtigkeit der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 19.10.2011 - öffentlicher Teil - fest.

**Zu TOP 5:****Verabschiedung eines Ratsmitglieds**

Der Bürgermeister spricht Herrn Manfred Heller seinen herzlichen Dank für die ehrenamtliche Tätigkeit als Ratsmitglied zum Wohle Lindlars aus und überreicht ihm eine Ehrenurkunde sowie ein kleines Geschenk (Stuber).

Die Fraktionsvorsitzenden schließen sich im Namen der Fraktionen den Dankesworten des Bürgermeisters an.

**Zu TOP 6:****Aktualisierung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Gemeinde Lindlar vom 12.08.2004**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Eine Fraktionsrunde ist nicht gewünscht, Wortmeldungen liegen nicht vor.

**Beschluss:**

Das Straßenverzeichnis zur Straßenreinigungs- und Gebührensatzung der Gemeinde Lindlar wird unter Einbeziehung der in Anlage I aufgeführten Straßen neu bekannt gemacht und tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung sind die betroffenen Grundstückseigentümer in Eichholz, Horpe und Altenrath-Böhl zusätzlich in geeigneter Form über die Änderungen zu informieren.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	3
	Ja-Stimmen	32

**Zu TOP 7:****Steinbruch Linde – Eintragung als Bodendenkmal**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Eine Fraktionsrunde ist nicht gewünscht, Wortmeldungen liegen nicht vor.

**Beschluss:**

Das Bodendenkmal Steinbruch Linde ist gemäß § 3, Abs. 2 DSchG NW, wie in der Anlage 4 der Sitzungsvorlage zum Bau-, Planungs- und Umweltausschuss vom 07.12.2011, TOP 12, beschrieben, in die Denkmalliste einzutragen.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	einstimmig
-----------------------------	------------

**Zu TOP 7 a:****Mobilfunksendemast „Am Sägewerk“****Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.10.2011****mit Ergänzung aus der Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses vom 07.12.2011**Auf die grüne Tischvorlage wird verwiesen (**s. Anlage 1**).

Eine Fraktionsrunde ist nicht gewünscht.

RM Siegfried fragt nach dem Ausblick für das Jahr 2012. Herr Newrzella teilt mit, dass Vodafone die Installation einer Anlage als „Fahnenmast“ an der Ecke Rheinstraße/ Schwarzenbachstraße angekündigt habe. Des Weiteren möchte Vodafone im IPK, Schlosserstraße, einen Sendemast errichten. Seine persönliche Meinung sei, dass die Nachfrage nach dem mobilen Internet zu weiteren Anfragen durch Netzbetreiber führen wird.

**Beschluss:**

Der Rat fordert die Fa. Deutsche Telekom auf, einen Kompromiss mit den Bürgern der Gemeinde Lindlar einzugehen und der Empfehlung des Gutachters, die Sektorausrichtungen anhand der Karte 961 auf 90/220/330 Grad und die Downtilts auf 0/2/1 Grad einzustellen, zu folgen.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Nein-Stimmen	1
	Enthaltungen	0
	Ja-Stimmen	34

**Zu TOP 7 b:****Bauantrag auf Errichtung eines 8-Familienhauses in Lindlar**Auf die rosa Tischvorlage wird verwiesen (**s. Anlage 2**).

Eine Fraktionsrunde ist nicht gewünscht, Wortmeldungen liegen nicht vor.

**Beschluss:**

Der Rat erteilt gemeindliches Einvernehmen nach § 36 BauGB zu dem Bau des 8-Familienhauses in der geplanten Größe, wenn 11 Stellplätze nachgewiesen werden.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Nein-Stimmen	8
	Enthaltungen	1
	Ja-Stimmen	26

**Zu TOP 7 c:****Resolution des Gemeinderates von Lindlar an die Landesregierung und den Landtag NRW zur Gemeindefinanzierung  
Antrag der CDU-Fraktion vom 13.12.2011 (s. Anlage 3)**

Eine Fraktionsrunde ist gewünscht.

RM Hans Schmitz erläutert für die CDU den CDU-Antrag.

RM Dreiner-Wirz erklärt für die SPD-Fraktion, dass seitens der SPD-Fraktion noch Änderungen nötig seien, die Fraktion im Übrigen aber noch Beratungsbedarf habe.

RM Heuwes erklärt für Bündnis90/Die Grünen, dass die Resolution fair formuliert sei, angeregt werde lediglich eine Änderung „sparsame Haushaltsführung“ anstelle von „sparsamster Haushaltsführung“.

RM Friese erklärt für die FDP-Fraktion, dass man der Resolution nur zustimmen könne.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Schriftführung bei CDU liege und bittet darum, Anregungen daher direkt an die CDU-Fraktion weiterzuleiten.

Die Beratung über die Resolution wird einvernehmlich in die erste Sitzung des Gemeinderates im neuen Jahr, also auf den 30.03.2012 vertagt.

**Zu TOP 8:****a) Haushaltsreden der Fraktionen (s. Anlage 4 – 7)**

Die Fraktionsvorsitzenden der vier Ratsfraktionen halten ihre Haushaltsrede.

**b) Aussprache über die Haushaltsreden**

Auf eine Aussprache wird verzichtet.

**Zu TOP 9:****Gebührenkalkulation Bestattungswesen 2012 und V. Nachtrag zur Gebührenordnung der Gemeinde Lindlar vom 12.08.2004 zur Friedhofssatzung der Gemeinde Lindlar**

Auf die Sitzungsvorlage sowie die Ergänzungsvorlage wird verwiesen. Eine Fraktionsrunde ist nicht gewünscht, es liegen keine Wortmeldungen vor.

**Beschluss:**

Die Gebührenkalkulation 2012 des Bestattungswesens sowie der V. Nachtrag zur Gebührenordnung der Gemeinde Lindlar vom 12.08.2004 zur Friedhofssatzung der Gemeinde Lindlar wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	5
	Ja-Stimmen	31

**Zu TOP 10:****Wirtschaftsplan des Gemeindewerkes Wasser und Abwasser Lindlar für das Jahr 2012**

Auf die aktualisierte Sitzungsvorlage wird verwiesen. Eine Fraktionsrunde ist nicht gewünscht, es liegen keine Wortmeldungen vor.

**Beschluss:**

- 1 a) Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2012, Betriebszweig Wasser, in der vorgelegten Fassung wird beschlossen
- 1 b) Das Investitionsprogramm für die Jahre 2012 - 2015, Betriebszweig Wasser, in der vorgelegten Fassung wird beschlossen.
- 2 a) Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2012, Betriebszweig Abwasser, in der vorgelegten Fassung wird beschlossen.
- 2 b) Das Investitionsprogramm für die Jahre 2012 - 2015, Betriebszweig Abwasser, in der vorgelegten Fassung wird beschlossen.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	einstimmig
-----------------------------	------------

**Zu TOP 11:****Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Jahr 2010 - Gemeindewerk Wasser und Abwasser Lindlar -**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen. Eine Fraktionsrunde ist nicht gewünscht.

**Beschluss:**

Der Ergebnisverwendungsvorschlag sieht vor, den Jahresüberschuss 2010 in Höhe von 466.615,76 € wie folgt zu verwenden:

Die Eigenkapitalverzinsung für den Betriebszweig Abwasser in Höhe von 569.905,91€ wird an den Haushalt der Gemeinde abgeführt und hierfür

- a) ein Betrag in Höhe von 466.615,76 € aus dem Jahresüberschuss 2010 verwendet,
- b) ein Betrag in Höhe von 103.290,15 € der allgemeinen Rücklage entnommen.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Nein-Stimmen	3
	Enthaltungen	0
	Ja-Stimmen	33

**Zu TOP 12:****I. Nachtrag zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Gemeinde Lindlar vom 16.12.2010**

- a) Änderung der Bagatellgrenze für Wasserabzugsmengen bei der Berechnung der Schmutzwassergebühr
- b) Änderung des § 5 Abs. 7 Satz 2
- c) Gebührenkalkulation des Gemeindewerkes Wasser und Abwasser Lindlar, Betriebszweig Abwasser

Auf die aktualisierte Sitzungsvorlage wird verwiesen. Eine Fraktionsrunde ist nicht gewünscht, Wortmeldungen liegen nicht vor.

**Beschluss:**

1. Die Gebührenkalkulation 2012 des Gemeindewerkes Wasser und Abwasser Lindlar, Betriebszweig Abwasser, wird beschlossen.
2. Der I. Nachtrag der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Gemeinde Lindlar vom 16.12.2010 wird in der vorliegenden Form beschlossen.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	einstimmig
-----------------------------	------------

**Zu TOP 13:****XX. Nachtrag vom ..... zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserversorgungssatzung der Gemeinde Lindlar vom 18.12.1981**

Auf die aktualisierte Sitzungsvorlage wird verwiesen. Eine Fraktionsrunde ist nicht gewünscht, Wortmeldungen liegen nicht vor.

**Beschluss:**

Der XX. Nachtrag zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserversorgungssatzung der Gemeinde Lindlar vom 18.12.1981 wird beschlossen.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	einstimmig
-----------------------------	------------

**Zu TOP 14:****Veränderungsnachweis aufgrund von Fachausschussbeschlüssen bzw. aktualisierten Verwaltungsempfehlungen**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen. Eine Fraktionsrunde ist nicht gewünscht, Wortmeldungen liegen nicht vor.

**Beschluss:**

Der Veränderungsnachweis zum Haushaltsplanentwurf 2012 wird beschlossen.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	3
	Ja-Stimmen	33

← - - - - - **Formatiert:** Absätze nicht trennen

**Zu TOP 15:  
Stellenplan 2012**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen. Eine Fraktionsrunde ist nicht gewünscht, Wortmeldungen liegen nicht vor.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt dem Stellenplan für das Haushaltsjahr 2012 in der von der Verwaltung vorgelegten Form zu.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	einstimmig
-----------------------------	------------

**Zu TOP 16:  
Haushaltssatzung 2012**

Auf die Sitzungsvorlage sowie die Ergänzungsvorlage wird verwiesen. Der Bürgermeister verweist darauf, dass der Beschlussvorschlag in der Ergänzungsvorlage um Punkt 5 ergänzt wurde.

Herr Hütt berichtet über ein Gespräch mit der Kommunalaufsicht bezüglich der Sportförderung (**s. Anlage 9**).

Gegen eine Abstimmung im Block bestehen keine Bedenken.

**Beschluss:**

1. Der Ergebnisplan für das Haushaltsjahr 2012 wird beschlossen.
2. Der Gesamtbetrag aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit für das Haushaltsjahr 2012 wird beschlossen.
3. Die Haushaltssatzung nebst Anlagen der Gemeinde Lindlar für das Haushaltsjahr 2012 wird beschlossen.
4. Das Haushaltssicherungskonzept 2012 – 2015 wird beschlossen.
5. Der V. Nachtrag zur Hebesatzung der Gemeinde Lindlar vom 18.12.1997 wird in der von der Verwaltung vorgeschlagenen Form beschlossen.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Nein-Stimmen	8
	Enthaltungen	0
	Ja-Stimmen	28

**Zu TOP 17:  
Informationen der Verwaltung**

Der Bürgermeister verweist auf die grüne Tischvorlage (**Anlage 8**). Er bittet die Ratsmitglieder, diesen Vordruck als Einverständniserklärung der Verwaltung zur Teilnahme an der angebotenen der papierlosen Rats- und Ausschussarbeit bei Interesse möglichst bis zum 31.12.2011 an das Ratsbüro zu senden.

Herr Hütt berichtet, dass bei den Kopa II-Mitteln eine Punktlandung erzielt werden konnte; die Mittel seien fast bis auf den Cent genau verbraucht wurden.

Die Gemeinde Overath plant im Schulzentrum Cyriax die Einrichtung einer Sekundarschule anstelle der dortigen Hauptschule und Realschule. Der Bürgermeister verweist darauf, dass die Anzahl der Lindlarer Schüler, die nach Overath zur Schule gehen, unter zehn liegt und durch die Einrichtung der Sekundarschule keine nennenswerten nachteiligen Auswirkungen auf den Lindlarer Schulstandort zu erwarten sind. Die Verwaltung beabsichtige darum, keine Einwendungen vorzutragen. Dies wird von den Ratsmitgliedern zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Bürgermeister informiert, dass an der L 284 westlich von Welzen in Richtung Georgshausen seitens der Telekom auf Anfrage eines Hommericher Unternehmens 34 MBit-Leitungen verlegt werden. Die Telekom wurde seitens der Verwaltung aufgefordert, in diesem Zuge endlich auch die wiederholt angemahnte Erschließung für das Gewerbegebiet insgesamt und die angrenzende Wohnbebauung vorzunehmen.

**Zu TOP 18:  
Verschiedenes**

RM Voss führt aus, dass er in der Zeitung gelesen habe, dass das ehemalige alte Rathaus umgebaut wird, und erkundigt sich in diesem Zusammenhang, was mit dem alten Pfarrer-Braun-Haus geschehen soll. Der Bürgermeister erklärt hierzu, dass im nächsten Bau-, Planungs- und Umweltausschuss die neuesten Erkenntnisse bekanntgegeben werden.

RM Dreiner-Wirz fragt nach der Nachfolgenutzung des alten Rewe-Marktes in Lindlar. Hierzu wird die Verwaltung auch im nächsten Bau-, Planungs- und Umweltausschuss berichten.

**Ende des öffentlichen Teils um 19.34 Uhr**

Gemeinde Lindlar

Lindlar, 12.12.2011

Bauen, Planen, Umwelt,  
Denkmalschutz  
Ne-Fe

## Tischvorlage

für die Sitzung des  
Gemeinderates  
am 13.12.2011

- öffentliche Sitzung -

**TOP 7a** Mobilfunksendemast „Am Sägewerk“  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.10.2011  
mit Ergänzung aus der Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses vom 07.12.2011

Vorberaten im	am	TOP
Bau-, Planungs- und Umweltausschuss	07.12.2011	6

### Sachverhalt:

Es wird auf die Vorlage zu TOP 6 der Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses vom 07.12.2011 verwiesen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragten mit ihrem Schreiben, eingegangen bei der Gemeinde Lindlar am 02.11.2011, das Thema Mobilfunksendemast „Am Sägewerk“ als eigenen TOP auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu nehmen und dass der Rat fordert, dass die Firma T-Mobile einen Kompromiss mit den Bürgern der Gemeinde Lindlar eingehen möge und der Empfehlung des Gutachters zu folgen, die Sektorausrichtung auf 90/220/330 Grad und die Downtilts auf 0/2/1 Grad einzustellen.

Zu diesem TOP sollten auch Vertreter der Firmen T-Mobile und Deutsche Funkturm GmbH eingeladen werden.

In Abstimmung mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fand die Beratung nicht in der Ratssitzung, sondern in der Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses am 07.12.2011 statt.

Die Fraktionen Bündnis90/ Die Grünen und die CDU-Fraktion baten zu prüfen, ob es nicht sinnvoll sei, den Gutachter Dr. Nießen ebenfalls in die Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses einzuladen.

Folgende Gäste haben an der Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses am 07.12.2011 zu TOP 6 teilgenommen:

Frau Berger            Deutsche Telekom, Kommunale Abstimmung  
 Herr Nasemann,     Deutsche Telekom, Clearingbeauftragter  
 Herr Schlüter,       Deutsche Telekom, Funknetzplaner

Herr Dr. Nießen,     EMF-Institut, Gutachter

Die Firma Deutsche Funkturm GmbH hat an der Sitzung nicht teilgenommen, da aus ihrer Sicht kein Gesprächsbedarf bestand, da die Deutsche Funkturm GmbH nicht Ansprechpartner für Verhandlungen hinsichtlich der Antennen- und Downtilteinstellungen ist, sondern alleine die Netzbetreiber.

Zum geplanten Sendemaststandort „Am Sägewerk“ haben sich mehrere Bürger in Form eines offenen Briefes an die Verwaltung und die Fraktionen gewandt. Der offene Brief, eingegangen bei der Verwaltung am 22.10.2011 bzw. 31.10.2011 sowie das Antwortschreiben der Verwaltung vom 04.11.2011 sind der Vorlage zu TOP 6 der Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses als Anlage 3 und Anlage 4 beigefügt.

In der Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses am 07.12.2011 wurden die Historie und der aktuelle Sachstand zu dem geplanten Mobilfunksendemaststandort „Am Sägewerk“ ausführlich erläutert. Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass die Deutsche Telekom über die im Clearingverfahren zugestandenen Antenneneinstellungen zur Immissionsminimierung keine weiteren Antenneneinstellungen, so wie sie seitens des Gutachters Dr. Nießen vorgeschlagen wurden, vornehmen wird.

Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der CDU-Fraktion hat der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss **einstimmig beschlossen**, dem Gemeinderat zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat fordert die Fa. Deutsche Telekom auf, einen Kompromiss mit den Bürgern der Gemeinde Lindlar einzugehen und der Empfehlung des Gutachters, die Sektorausrichtungen anhand der Karte 961 auf 90/220/330 Grad und die Downtilts auf 0/2/1 Grad einzustellen, zu folgen.



Petric Newrzella  
 Fachleiter



Dr. Hermann-Josef Tebroke  
 Bürgermeister

Gemeinde Lindlar

Lindlar, 09.12.2011

Bauen, Planen, Umwelt,  
Denkmalschutz  
Ne-Fe

## Tischvorlage

für die Sitzung des  
Gemeinderates  
am 13.12.2011

- öffentliche Sitzung -

### TOP 7 b Bauantrag auf Errichtung eines 8-Familienhauses in Lindlar

Vorberaten im	am	TOP
Bau-, Planungs- und Umweltausschuss	05.10.2011	13
Bau-, Planungs- und Umweltausschuss	07.12.2011	7

#### Sachverhalt:

In den Sitzungen des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses am 05.10.2011 und am 07.12.2011 wurde das Bauvorhaben des Antragstellers beraten. Am 05.10.2011 hatte sich der Arbeitskreis des Ausschusses vor Ort die Grundstückssituation angesehen. Die Mitglieder des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses hatten sich der Auffassung der Verwaltung angeschlossen, dass sich das geplante Bauvorhaben nach Art und Maß der baulichen Nutzung nicht in die nähere Umgebung einfügt.

Beschlussgemäß wurde das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB zum Bauantrag verweigert.

Mit dem Antragsteller hat die Verwaltung Gespräche bezüglich der Stellplatzsituation, des Bauvolumens und der Geschoss- und Grundflächenzahl geführt. Der Antragsteller hat zu diesem Gespräch keinen abgespeckten Entwurf vorgelegt, sondern anhand von Fotomontagen den ursprünglichen Entwurf präsentiert. Des Weiteren wurde ein Grundriss mit weiteren 3 Stellplätzen auf dem Grundstück, sowie eine Geschoss- und Grundflächenberechnung vorgelegt. Beschlussgemäß sollte dem Ausschuss ein **überarbeiteter** Bebauungsvorschlag vorgelegt werden.

Mit Schreiben vom 21.11.2011 teilt der Antragsteller mit, dass es aus wirtschaftlicher Sicht für ihn nicht vertretbar sei, das Bauvolumen zu reduzieren (Anlage 1 der Vorlage zu TOP 5 des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses vom 07.12.2011).

Somit bleibt aus den Gesprächen mit dem Antragsteller im Ergebnis festzuhalten, dass gegenüber der Ursprungsplanung nur 3 weitere Stellplätze auf dem Grundstück realisiert werden können.

Die seitens des Antragstellers überlassenen Unterlagen sind der Vorlage zu TOP 7 der Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses vom 07.12.2011 beigelegt worden. Auf die Vorlage wird verwiesen.

In der Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses am 07.12.2011 hat die SPD-Fraktion den Wunsch geäußert, eine abschließende Beschlussfassung zu vertagen, da das Vorhaben vom Antragsteller im Volumen nicht verringert worden ist, und man davon ausgegangen sei, dass das Einvernehmen zu dem Bauvorhaben aus diesem Grunde nicht erteilt werden wird. Die SPD-Fraktion möchte sich erneut ein Bild vor Ort hinsichtlich des Einfügens des Vorhabens machen.

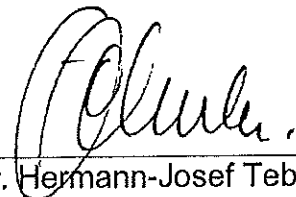
Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss hat folgenden Beschluss gefasst:

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss bittet den Gemeinderat, abschließend über die Erteilung oder Verweigerung des gemeindlichen Einvernehmens nach § 36 BauGB zu dem 8-Familienhaus in der geplanten Größe zu entscheiden.

Ein Beschlussvorschlag wird nach Beratung in der Sitzung unterbreitet.



Petric Newrzella  
Fachleiter

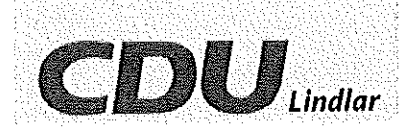
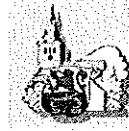


Dr. Hermann-Josef Tebroke  
Bürgermeister

Hans schmitz  
Vorsitzender der Ratsfraktion

Anlage 3

Tradition bewahren  
und  
Zukunft gestalten  
- Aktiv für Lindlar -



CDU Ratsfraktion Lindlar • Korbstr. 6 • 51789 Lindlar

Telefon:  
(0 22 66) 3124

E-Mail:  
schmitzlindlar@aol-com

Internet:  
<http://www.cdu.lindlar.de>

An Herrn  
Bürgermeister Dr. Hermann-Josef Tebroke  
Fraktionen im Rat der Gemeinde Lindlar  
Borromäusstraße 1  
51789 Lindlar

Lindlar, 11.12.2011

## **Resolution des Gemeinderates von Lindlar an die Landesregierung und den Landtag NRW**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die CDU Fraktion hatte in der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung den Entwurf eine Resolution zur Gemeindefinanzierung vorgeschlagen und angekündigt.

Ich darf Euch/ Sie bitten, diesen Vorschlag in den Fraktionen zu beraten, damit wir möglichst in der Gemeinderatssitzung am 13.12.2011 zu einem Beschluss kommen.

Mit freundlichem Gruß  
Hans Schmitz  
Fraktionsvorsitzender

Bankverbindung:  
Kreissparkasse Köln • BLZ: 370 502 99 • Konto-Nr.: 03 23 00 47 54

## Resolution des Gemeinderates von Lindlar an die Landesregierung und den Landtag NRW zur Gemeindefinanzierung

Der Rat der Gemeinde Lindlar fordert die Landesregierung und den Landtag auf, die Gemeindefinanzierung vollkommen neu zu gestalten und dabei besonders auf folgende Punkte zu achten:

- Erhaltung der Kommunalen Selbstverwaltung.
- Angemessene Finanzausstattung der Kommunen zur Erledigung ihrer Aufgaben.
- Den tatsächlichen Aufgaben der Kommunen entsprechende transparente Verteilregeln.
- Strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips
- (Teil-)Aufgabe der Umlagefinanzierung der Kreise

### Begründung

Die Bemühungen des Landes, den finanziell besonders stark angeschlagenen Kommunen zu helfen, werden ausdrücklich anerkannt. Allerdings sind die beschlossenen Maßnahmen bei weitem nicht ausreichend. Viele Kommunen befinden sich in einer Lindlar vergleichbaren Situation. Ein haushaltsausgleich ist in absehbarer Zeit nicht möglich.

Die Verteilregeln im Gemeindefinanzierungsgesetz sind anpassungsbedürftig. So sind z.B. die Gewichtungen von Ganztagschülern und Schülern im Offenen Ganztag nicht nachvollziehbar. Die fast dreifach höhere Gewichtung der Ganztagschüler ist durch die gering höheren Grenzkosten in der Gebäudeunterhaltung nicht gerechtfertigt. Die höheren Personalkosten (Lehrer) trägt das Land. Bei den Offenen Ganztagschulen oder partiellen Ganztagschulen sind die Gebäudeunterhaltungskosten vergleichbar zu den Ganztagschulen. Anfallende zusätzliche Personalkosten gehen zu Lasten der Trägerkommune.

Auch der Soziallastenanteil führt bei kreisangehörigen Gemeinden zu einer Mittelzuweisung an Kommunen, die gar nicht Träger der Soziallasten sind. Grundsätzlich sollte die Teilfinanzierung der Kreise über das GFG durch Zuweisung des Landes an die Kreisangehörigen Kommunen überprüft werden. Eine direkte Mittelzuweisung an die Kreise ist zielführend.

Die Gemeinde Lindlar versucht seit vielen Jahren bei sparsamster Haushaltsführung und Verbesserung der Einnahmen den Ausgleich des Haushalts vergeblich. Im sogenannten freiwilligen Bereich werden im Wesentlichen Ausgaben im präventiv Bereich der Jugendförderung und Integration getätigt.

Die Gemeinde Lindlar hat vielfältige Maßnahmen zur Verbesserungen der Haushaltssituation ergriffen. Die gelebte interkommunale Zusammenarbeit werden wir weiter entwickeln. Durch die Ausweisung weitere interkommunaler Gewerbeflächen werden die Steuereinnahmen verbessert werden.



**CDU** Lindlar

Alle von uns beeinflussbaren Maßnahmen werden nicht zum Ziel führen, wenn nicht grundlegende Veränderungen durch die Landesregierung und den Landtag herbeigeführt werden.

Hans Schmitz  
Fraktionsvorsitzender

## Stellungnahme zum Haushalt 2012

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Tebroke, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung, liebe Ratskolleginnen, liebe Ratskollegen,

die angespannte Finanzsituation der Gemeinde ist das beherrschende Thema. Alle Bemühungen des Gemeinderates hier vor Ort werden die Wende nicht herbeiführen. Dieses Problem wird so lange bestehen, bis die Gemeinden über eigene ausreichende Einnahmen verfügen, an denen niemand mehr manipulieren kann.

Die CDU wird vor diesem Sachverhalt nicht resignieren. Wir wollen und werden unserer Verantwortung vor den Bürgern der Gemeinde gerecht werden. Dazu gehört: Sparen wo immer es möglich und verantwortbar ist. Gleichzeitig müssen wir aber auch dafür Sorge tragen, dass das Gemeinwesen funktionsfähig bleibt und ehrenamtliches Engagement besonders dort noch möglich ist, wo es um wesentliche gesellschaftliche Aufgaben geht. Deshalb wird die CDU auch der Erhöhung der Grundsteuer zustimmen. Die Zustimmung haben wir davon abhängig gemacht, dass rund die Hälfte der Mehreinnahmen im sogenannten freiwilligen Bereich angelegt wird. In Anlehnung an das „Europäische Jahr 2012 für aktives Altern“ soll mit entsprechenden Aktionen auf Probleme, Chancen und Risiken einer alternden Gesellschaft aufmerksam gemacht werden. Für entsprechende Veranstaltungen werden im Haushalt 5.000 Euro bereitgestellt.

Auch die Sportpauschale soll zukünftig nicht mehr allgemein der Sportförderung dienen sondern zweckgerichtet für die Sportvereine und die Unterhaltung und Herrichtung der Sportanlagen verwendet werden. Damit wird dem ehrenamtlichen Sport eine langfristige Perspektive aufgezeigt.

Wir halten eine moderate Erhöhung der Grundsteuer für vertretbar. Die Erhöhung macht im Schnitt 60 Cent pro Einwohner monatlich oder rund 30 Euro jährlich für eine vierköpfige Familie aus. Ein wesentlicher Teil der Mehreinnahmen fließt nach unserem Vorschlag wieder in die Förderung der Jugend und teilweise in die Seniorenarbeit. Da unser bisheriger Hebesatz bereits unter dem fiktiven Hebesatz des GFG liegt, war ohnehin Handlungsbedarf gegeben.

Das Gemeindefinanzierungsgesetz ist natürlich auch politisch motiviert. Das führt in Teilbereichen zu nicht sachgerechten Verteilungsschlüsseln. So ist es nicht nachvollziehbar, warum für einen Ganztagschüler das mehrfache gegenüber einem Schüler in der sogenannten Halbtagschule den Kommunen zugewiesen wird. Für

Lindlar bedeutet das gegenüber reinen Ganztagschulen 3. Mio. Euro weniger an Zuweisungen des Landes. Dabei sind die Mehrkosten der Ganztagschule überwiegend Personalkosten des Landes. Dagegen sind die Mehrkosten der offenen Ganztagschulen tatsächlich Kosten der Gemeinde.

Noch gravierender am wahren Leben vorbei geht der Soziallastenansatz. Die Kreisangehörigen Kommunen haben keine wesentlichen Mehrkosten durch Bedarfsgemeinschaften. Außerdem werden völlig falsche Anreize gegeben. Für wirtschaftsfreundliche Gemeinden mit faktischer Vollbeschäftigung, die bei Zeiten die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen haben, gibt es kein Geld, um die Kreisumlage wegen Soziallasten zu bezahlen.

Wir hatten bereits für das Jahr 2011 für unsere Grundschulen die langfristige Sicherung an ihren jeweiligen Standorten angekündigt. In Schmitzhöhe konnte deutlich gemacht werden, dass wir in Bildung investieren. Unwirtschaftliche Gebäude binden Geld, das an anderer Stelle gebraucht wird. Z.B. beim Schülerticket. Vor einem Jahr sagte ich an dieser Stelle:

*„Die CDU Lindlar kann sich durchaus vorstellen, dass die üblicherweise von den Eltern zu übernehmende Zuzahlung durch den Haushalt der Gemeinde übernommen wird. ... Freie Fahrt für alle Jugendlichen kann ein wesentliches Element der Jugendförderung und Jugendpflege sein.“* Auch Dank des Verhandlungsgeschicks der Verwaltung konnte das Schülerticket in 2011 eingeführt werden. Die Rückmeldungen aus den Schulen und den Jugendlichen zeigen: Das war die richtige Entscheidung.

Die weiterführenden Schulen in Lindlar wollen wir auch zukünftig bei ihrem Weg der immer stärkeren Vernetzung auch über die Gemeindegrenzen hinaus begleiten und unterstützen. Es ist illusorisch zu glauben, alles könne beim Alten bleiben oder eine Kommune in der Größe von Lindlar könne die Schulentwicklung alleine bestimmen. Gut nachbarschaftliche Zusammenarbeit hilft oft weiter.

Die Einrichtung eines eigenen Jugendamtes verfolgen wir zurzeit nicht weiter. Die Vereinbarungen mit dem Oberbergischen Kreis und die dort erkennbaren Veränderungen lassen uns hoffen. Den ersten Bericht der Verwaltung zur Jugendwohlfahrtspflege erwarten wir mit Spannung. Die von uns geforderte Streetworkerin ist interkommunal im Einsatz.

Wir werden weiter die hervorragende Arbeit im Horizont unterstützen. Die aufsuchende Familienhilfe ist nach unseren Erkenntnissen ein voller Erfolg. Hier kann präventiv viel Gutes getan werden. Neben den vermutlich positiven finanziellen Auswirkungen für die öffentliche Hand wird besonders den Familien manche schmerzhaft Erfahrung erspart. Wir werden für den nächsten Sozialausschuss einen Antrag vorlegen, diese Arbeit als Projekt des Kreisjugendamtes auszubauen.

Ohne eigenes Jugendamt ist auch die Erweiterung des Rathauses nicht so erforderlich, wie es die Verwaltung ursprünglich vorschlug. Auch hier gilt: Sparen an Gebäuden für die Verwaltung darf nicht langfristig den Betrieb verteuern. Nach gutem Lindlarer Brauch prüft ein vom Finanzausschuss eingesetzter Arbeitskreis die Alternativen. Gut beraten und abgewogen werden wir gemeinsam die richtige Entscheidung treffen. Dabei wird unser Vorschlag, ggf. den Ratsaal „Alte Schule“ zu verkaufen, mit beraten werden.

Der Neubau des Übergangwohnheims ist wirtschaftlich sinnvoll und findet daher unsere Zustimmung.

Wir sind uns im Rat auch weitgehend einig, dass die Jan-Wellem-Straße noch nicht ausgebaut werden soll. Zuerst sind neben der Planung die Bürger intensiv zu beteiligen. Es ist auf der einen Seite erfreulich zu sehen, was alles in Frielingsdorf u.a. durch ehrenamtliches Engagement geschehen ist und geschieht. Wir müssen

jedoch auch darauf achten, dass uns die Förderer des Ehrenamtes nicht verloren gehen.

Wir unterstützen die Investition in das Weiße Pferdchen. Dieses Gebäudes ist besonders für Hohkeppel, aber auch für die Gesamtgemeinde von großer Bedeutung. Ein Substanzerhalt unter Nutzung der Landesmittel erhöht den (auch potenziellen Verkaufs-) Wert. Wir schlagen die Gründung einer Stiftung „Weißes Pferdchen“ vor, um den Erhalt des Gebäudes zukünftig zu sichern. Die Verwaltung wird gebeten, das Thema in 2012 auf die Tagesordnung zu bringen. Wesentliches Ziel ist es für uns, dem ehrenamtlichen Wirken in Hohkeppel im wahrsten Sinne des Wortes Raum zu geben.

Die BGW wird beauftragt, sich mit der Herrichtung seniorengerechter und bezahlbarer Wohnungen zu befassen. Wir stellen fest, dass es im renditestarken Bereich durchaus Angebot gibt. Im Bereich des klassischen sozialen Wohnungsbaus fehlt ein Angebot, obwohl die Nachfrage groß ist und zunehmen wird. Für ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben im Alter kann die eigene Wohnung eine wesentliche Voraussetzung sein. Die Alternativen sind erfahrungsgemäß für die Gesellschaft deutlich teurer.

Wir haben die Neubesetzung der freigewordenen Stelle im Bereich Touristik beantragt. Förderung des Tourismus ist Wirtschaftsförderung. Standortmarketing, Förderung von Tourismus und Wirtschaft sind voneinander abhängige Themen. Bei der Neubesetzung der Stelle sollten wir versuchen, diesem Aspekt Rechnung zu tragen.

Bei den Eigenbetrieben Wasser und Abwasser sowie den durch Gebühren finanzierten Bereichen folgen wir mit Ausnahme des Friedhofwesens den Vorschlägen der Verwaltung. Die Friedhofsgebühren werden leider steigen. Wir haben die Verwaltung beauftragt, Kosten transparenter zu machen. Wenn wir den Gebührenanstieg stoppen wollen, müssen wir die Kosten und damit im Wesentlichen den Personaleinsatz reduzieren. Vor einer Entscheidung müssen die Details gründlich abgewogen werden. Den gemeinsamen Bauhof mit der Gemeinde Engelskirchen werden wir weiter wohlwollend und kritisch begleiten.

Die interkommunale Zusammenarbeit besonders mit Engelskirchen wollen wir weiter ausbauen. Bei etlichen Themen bietet sich die Zusammenarbeit an. So hätten wir z.B. gemeinsam ein Klimaschutzkonzept beauftragen können. Bei den Überlegungen zur Erweiterung des oder weiteren Gewerbegebiete(n) und der Nutzung erneuerbarer Energien setzen wir voll auf die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn, auch im Rheinisch-Bergischen.

Wir verfolgen weiter die Erschließung eines kleinen Baugebiets in Schmitzhöhe auch zur Unterstützung und zum Erhalt der dortigen Infrastruktur.

Die CDU-Fraktion hat in einer zweitägigen Klausurtagung und in mehreren Fraktionssitzungen den Entwurf des Haushalts beraten. Viele Fragen wurden von der Verwaltung bereits beantwortet. Bürgermeister und Kämmerer und weitere Mitarbeiter der Verwaltung haben uns auf kurzem Wege Auskunft gegeben. Danke sage ich für die CDU-Fraktion und auch persönlich. Der Dank gilt nicht nur dem Bürgermeister Dr. Hermann-Josef Tebroke und dem Kämmerer Werner Hüft. Den Damen und Herren der Kämmererei, der gesamten Verwaltung und allen

Einrichtungen der Gemeinde sagen wir ebenfalls Danke. Viele von Ihnen haben auch im Laufe des Jahres unsere Fraktionsberatungen bereichert. Auch den Damen und Herren der anderen Fraktionen danke ich für die sachliche und kollegiale Auseinandersetzung. Es zeigt sich doch bei allen Gegensätzen das gemeinsame Interesse zum Wohle der Menschen in Lindlar. Durch die interkommunale Zusammenarbeit kam es zu einigen Begegnungen mit Verwaltung und Rat von Engelskirchen, denen wir ebenfalls danken.

Meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen danke ich für die oft lebhaften und intensiven Diskussionen. Ich bin gerne Vorsitzender einer solchen Fraktion.

Uns allen wünsche ich ein friedvolles und gesegnetes Weihnachtsfest 2011. Möge uns das Jahr 2012 bei der Gemeindefinanzierung wesentlich weiterbringen. Einen fairen Bürgermeisterwahlkampf wünsche ich uns. Dem „Nach-Bürgermeister“ wünsche ich auch in Zukunft eine glückliche Hand in der neuen Aufgabe zum Nutzen der Menschen im Bergischen Land.

Für die CDU-Fraktion



Hans Schmitz, Fraktionsvorsitzender



Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
Fraktion im Rat der Gemeinde Lindlar

Lindlar, den 13.12.2011

### Haushaltsrede

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,  
sehr geehrte Gäste, liebe Pressevertreter/Innen!

Alle Jahre wieder ... verbringen Rat und Verwaltung die Vorweihnachtszeit in Lindlar mit der Bearbeitung des Haushalts für das kommende Jahr.

Alle Jahre wieder,... können wir feststellen, dass der Haushalt handwerklich gut, aussagekräftig und rechnerisch richtig ist. Fragen und Unklarheiten wurden im Wesentlichen geklärt, so dass wir auch heute...

„Alle Jahre wieder“... der Verwaltung und v.a. dem Kämmerer Herrn Werner Hütt unseren Dank aussprechen können.

Alle Jahre wieder... geht die Gemeinde Lindlar mit gutem Beispiel voran und besitzt bereits vom ersten Tag eines neuen Haushaltsjahres einen neuen Etat; dies ist in vielen anderen Kommunen oder Kreisen nicht so.

Alle Jahre wieder..., zumindest was die letzten Jahre anbetrifft, müssen wir feststellen, dass es mit den Kommunal финанzen im Allgemeinen und den Lindlarer Finanzen speziell nicht zum Besten steht. Wir erwarten ein Defizit für 2012 von rund 6 Millionen Euro.

Wie kann das sein? Leben wir über unsere Verhältnisse? Könnte eine rigorose Ausgabensperre helfen? Nein! Das Defizit und auch die Defizite der vergangenen Jahre rühren nicht von Verschwendung usw. her. Das Defizit ist ein strukturelles; es muss mehr Geld ausgegeben werden als eingenommen wird. Das Defizit entsteht, weil die Gemeinde pflichtige Aufgaben zu übernehmen hat, die bezahlt werden müssen.

Die Gemeindeprüfungsanstalt hat dies festgestellt und testiert: Wir sind bei der Beschäftigung öffentlich Bediensteter im geringsten Bereich, das Rathaus ist bereits fast zu klein, die Fallbearbeitungszahlen sind positiv usw. Die von der GPA angeregte Veräußerung von nicht öffentlich genutzten Gebäuden (also Wohnungen, Gewerbe etc.) würde nur ein kurzes Strohfeuer entfachen, die strukturelle Unterdeckung aber nicht beheben. Im Übrigen tragen sich diese Immobilien finanziell selbst, bzw. erwirtschaften sogar Gewinne; ein Verkauf wäre also auch kaufmännischer Unsinn.

Woran liegt also das Dilemma? Dies ist relativ einfach zu beantworten: Den Gemeinden werden zu viele pflichtige Aufgaben zugewiesen, deren Alimentierung nicht ausreicht. Das fängt bei der Jugendarbeit an und geht über Grundsicherung, Eingliederungshilfe, Schülerbeförderung usw. bis zum Ausstellen von Personalausweisen und Pässen. Letzteres ist ein prägnantes Beispiel: Die Bundesregierung legt die Gebührenobergrenze fest und die Gemeinde bleibt auf 25% der tatsächlichen Kosten hängen. Viele dieser pflichtigen Aufgaben führt der Kreis für die Gemeinde aus, lässt sich dies aber über die Kreisumlage teuer bezahlen. Leider kommen oft die „eingekauften“ Leistungen nicht in der Gemeinde an, so

dass sich Lindlar genötigt sieht, hier Gelder zuzuschießen (Jugendzentrum, Beratung von Familien, Rentnern, Jugendlichen usw.). Mittlerweile ist es auch beim Kreis angekommen, dass in Lindlar keine heile Welt existiert (Streetworkerin für Engelskirchen und Lindlar).

Was ist vor Ort zu tun? Welche Aufgaben stehen in Lindlar an – auch in Zeiten leerer Kassen, bzw. gerade deshalb?

Wichtigstes Thema, quasi die Überschrift, ist die „Demografische Veränderung“, die so gut wie alle Zukunftsaufgaben der Gemeinde bestimmen wird, ob wir wollen oder nicht! Unsere Gesellschaft wird immer weniger und immer älter. Dies muss Auswirkungen auf gemeindliche Planungen und Strategien haben (Beispiele =>)

#### - **Schulen**

z.Zt. funktionieren unsere Schulen alle, sind gut ausgestattet, arbeiten anerkannt positiv und finden unsere volle Unterstützung. Wir brauchen aber Zukunftsplanungen. Wollen wir bei den Grundschulen ggf. zurück zur „Zwergschule“, damit die Schulen für die Kleinen möglichst wohnortnah bleiben? Können wir mittel- und langfristig vier Sekundarschulen Aufrecht erhalten? Eins, das kann ich Ihnen, meine Damen und Herren, jetzt schon sagen, wird es mit der SPD in Lindlar nicht geben: Ein unseliger Konkurrenzkampf um Schüler mit den Nachbarkommunen, wie er offenbar teilweise bereits ausgebrochen ist. Die SPD möchte auch in Zukunft alle Sekundarabschlüsse in Lindlar angeboten wissen und dafür gilt es intelligente, solidarische Lösungen zu finden – wir sind dabei.

#### - **Bauen und Planen**

Wer glaubt, dass durch die Ausweisung von immer neuem Bauland auf der grünen Wiese die demografische Veränderung aufgehalten werden kann, der ist auf dem Holzweg. Abwerbestrategien in den Nachbarkommunen sind mit der SPD nicht zu machen. Diese von einigen Entscheidungsträgern auch in diesem Kreis favorisierte Strategie hält im Übrigen nur solange die Kinder (falls welche da sind) schulpflichtig sind. Ein Haus, die notwendige Infrastruktur (Straße, Kanal etc.) hält wesentlich länger und ist länger zu unterhalten.

Bei sinkenden Bevölkerungszahlen macht es keinen Sinn, neues Bauland auszuweisen, v.a. wenn noch ausreichend unbebaute Grundstücke vorhanden sind. Eine Verdichtung im Bestand (z.B. Hofbebauung), damit Jung und Alt näher beieinander wohnen und sich helfen/ergänzen können, das ist sinnvoll!

Seniorenrechte Wohnungen, da wo die Infrastruktur, wo medizinische Versorgung, Einkaufsmöglichkeiten usw. „um die Ecke“ sind, das ist Aufgabe der Zukunft. Daneben muss Sorge dafür getragen werden, dass auch unsere älteren Mitbürger/innen in den dörflichen Außenbereichen ausreichend am Leben teilnehmen können. Es gibt andernorts genügend Beispiele für Versorgung auf Rädern (Gemeinde, Bank, Post, Lebensmittel usw.). Dies kann und wird nicht alles von Ehrenamtlichen wahrgenommen werden können; gerade hier wird schon jetzt ehrenamtlich hervorragende Arbeit geleistet, die es zu unterstützen gilt.

Wir brauchen dringend ein Altbaumanagement. Auch in Lindlar gibt es viele Häuser, die einstmals für viele Menschen gebaut wurden, heute aber nur noch von wenigen bewohnt werden. Hier gilt es zukünftig sinnvolle Nutzungen zu kreieren. Umbau vor Neubau muss die Devise heißen. Dabei darf bei Leerständen ein ggf. öffentlich geförderter Rückbau kein Tabu sein; dies gilt auch für Gewerbeimmobilien.

**- Straßen**

Die Gemeindeverwaltung hat auf Antrag der SPD-Fraktion einen Bewertungskriterienkatalog in Arbeit, der zukünftig zur Priorisierung notwendiger Unterhaltungsmaßnahmen herangezogen werden soll. Neben technischen Details brauchen wir auch Nutzungsfrequenzen, Abschreibungszeiten usw. Wir müssen bei Mehrfacherschließung einzelner Ortsteile die Sinnhaftigkeit überprüfen. Eine Entwidmung darf kein Tabu sein, damit der Unterhaltungsaufwand verringert werden kann. Bei der Behebung von Straßenschäden muss auch das Verursacherprinzip greifen – dass immer schwereres Gerät immer mehr Straßen und Wege zerstören, kann jeder jederzeit in Lindlar sehen. Wenn in den Gewerbegebieten, die dort ansässigen Firmen ihre Erschließung zu 100% bezahlen müssen, kann andernorts die Neuerstellung nicht von der Allgemeinheit alleine getragen werden.

**- Energie**

Eine wichtige Aufgabe der nächsten Zukunft wird Lindlars Energieversorgung sein. Wir müssen hier die Schlagzahl erhöhen. 2012 werden das Energiekonzept und die Windenergieuntersuchung vorliegen. Auch die Frage der Zukunft der Konzessionen steht an; wir drängen auf eine baldige Entscheidung, die mit allen Nachbarversorgern besprochen werden muss. Langsam sollten Angebote eingeholt bzw. eigene Strategien entwickelt werden.

Ich komme zum Ende: Wir stimmen dem Haushalt zu.

Eine Haushaltsrede wird es nach meiner kommunalpolitischen Lebensplanung zukünftig von mir nicht mehr geben. Insofern: Schluss mit „Alle Jahre wieder“! Wie schon mehrfach angekündigt, werde ich Mitte nächsten Jahres, also zur Mitte der laufenden Legislatur, mein Amt als Fraktionsvorsitzender niederlegen – nicht mein Ratsmandat, dafür bin ich für 5 Jahre gewählt! Mer muss jonn, wenn mer noch jonn kann – und da der geplante Abschied mit meinem 66. zusammenfällt, wird noch lange nicht Schluss sein.

Auch wenn wir erst im Anschluss an die Sitzungen die offizielle Verabschiedung unseres Noch-Bürgermeisters vornehmen wollen, stelle ich fest, dass es auch bei ihm Schluss mit „Alle Jahre wieder...“ heißt.

Lieber Hermann-Josef,

es waren gute 7 Jahre, manchmal anstrengend, oftmals konstruktiv. Du hast Dich entschieden. Ich respektiere Deine Entscheidung und wünsche Dir in Rhein-Berg eine glückliche Hand und Sorge dafür, dass es endlich zur von Lindlar herbeigesehnten Fusion zum Bergischen Kreis mit der Kreisstadt Lindlar (von mir aus gemeinsam mit Engelskirchen) kommt – ich zähl auf Dich.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Verwaltungsmitarbeiterinnen und –mitarbeiter, liebe Gäste (incl. Presse),

ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit, wünsche allen eine geruhsame Weihnachtszeit und ein gutes Jahr 2012.

Ihr

Jürgen Dreiner-Wirz  
Fraktionsvorsitzender

B'90/Die GRÜNEN Ratsfraktion Lindlar  
c/o Fraktionssprecher P. Heuwes, Alsbacher Str. 41a, 51789 Lindlar

Ratsfraktion Lindlar  
c/o Patrick Heuwes  
Borromäusstraße 1  
51789 Lindlar  
[www.gruene-lindlar.de](http://www.gruene-lindlar.de)

Fraktionssprecher:  
Patrick Heuwes  
Tel.:  
0160 - 3519834  
E-Mail:  
[patrick.heuwes@gruene-lindlar.de](mailto:patrick.heuwes@gruene-lindlar.de)  
Lindlar, 13.12.2011

## Haushaltrede 2012

Lieber Herr Bürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen Ratsmitglieder,  
liebe Damen und Herren von der Verwaltung,  
liebe Gäste,

der Haushalt 2012 liegt uns nun zur Abstimmung vor.

Ich beginne mit der allgemeinen Finanzlage, denn es ist eigentlich müßig, sich lange damit aufzuhalten. Die ist bekannt hoffnungslos und wird eigentlich von Jahr zu Jahr schlechter. Natürlich sind die Kommunen strukturell gnadenlos unterfinanziert und natürlich stellt uns das neue GFG nochmal schlechter und natürlich kann man einzelne Regelungen als unfair oder nicht nachvollziehbar kritisieren und das tun wir auch. Aber erstens ist das von meinen Vorrednern schon in aller Breite und in vielen Aspekte auch sehr zutreffend getan worden. Und zweitens wird auch diese Kritik nichts ändern. Sie wird genauso verpuffen, wie die Klageeuphorie, die die Kommunen des Oberbergischen Kreises und auch Lindlar vor ziemlich genau einem Jahre ergriffen hatte. Alle Räte und auch die große Mehrheit der hier heute Anwesenden waren wild entschlossen, es dem Kreis zu zeigen und jenseits jeglicher juristischer Vernunft gegen die Kreisumlage zu klagen. Das Ergebnis ist bekannt, die

Show war zu Ende bevor sie richtig begonnen hatte. Es wird keine Klage geben. Viel Lärm um nichts!

Etwas mehr Glück hatten wir mit dem zweiten Top-Thema des letzten Jahres: das eigene Jugendamt zusammen mit Engelskirchen. Auch das wird es nicht geben, aber das Kreisjugendamt hat ja Besserung u.a. in Form von mehr Transparenz und Präsenz hier in Lindlar gelobt. Wenn das dann passiert, ist das auf jeden Fall eine Verbesserung und da hat sich dann die Aufregung und Energie für die Kinder und Jugendlichen in Lindlar gelohnt.

Warum wir allerdings eine teure Gutachterin von der GPA brauchen, um zu erfahren, dass man mittlere kreisangehörige Stadt sein muss, was ca. € 500.000.- Mehrausgaben nach sich zieht, um ein eigenes Jugendamt einrichten zu können, ist uns unbegreiflich. Da sahen Verwaltung und der Bürgermeister definitiv nicht gut aus!

Doch nun zu dem, was wir hier heute gemeinsam entscheiden müssen, dem Haushalt 2012.

Selten waren die Haushaltsberatungen so von den Begriffen Kommunalaufsicht und freiwillige Ausgaben geprägt.

Da haben wir die Grundsteuererhöhung. Wenn eine Gemeinde zu wenig Geld hat, dann muss sie zusehen, ihre Ausgaben zu senken, aber auch ihre Einnahmen zu verbessern. Deshalb hat der Kämmerer vorgeschlagen, die Grundsteuern zu erhöhen. Steuern erhöhen macht kein Politiker gerne und deshalb schreien wir auch nicht „Hurra!“, aber sagen ganz eindeutig: Dieser unpopuläre Weg ist der richtige, den wir, wenn auch selbstverständlich nicht erfreut, mitgehen. Den gleichen Weg hätte man auch mit der Gewerbesteuer gehen können. Auch Betriebe sind ein Teil Lindlars und sollten, genau wie die Grundbesitzer, ihren Beitrag zu einer Verbesserung des Haushaltes leisten. Leider konnte sich die Mehrheit unserem Antrag auf eine Erhöhung der Gewerbesteuer auf das jetzige Niveau von Bergisch-Gladbach nicht anschließen, obwohl wir diese Einnahmen auch in 2012 schon sehr gut hätten brauchen können. Aber immerhin wollen wir nun auf unseren Antrag hin mit den Nachbarkommunen eine gemeinsame Erhöhung für 2013 ausloten. Das ist doch was.

Aber nochmal zurück zu den Grundsteuern. Die CDU will der Grundsteuererhöhung nur zustimmen, wenn wir gleichzeitig von der Verpflichtung entbunden werden, die Sportpauerschale für Zinsen und Abschreibungen der Vossbruchhalle einzusetzen. Diese Verpflichtung

tung ist Lindlar aus freien Stücken eingegangen. Diese Verpflichtung hat es Lindlar ermöglicht eine riesige Halle zu bauen, die auch hätte kleiner ausfallen können. Wenn Lindlar eine Zusage macht, sollte Lindlar diese auch einhalten und dieselben Ratsmitglieder, die damals der Festlegung zugestimmt haben, dürften jetzt eigentlich nicht jammern, dass die SportpauSchale nicht zur Verfügung steht. Unser Handeln hat nun mal Konsequenzen und wenn ich Kommunalaufsicht wäre, würde mein Vertrauen in die Verlässlichkeit der Lindlarer Finanzpolitik durch ein solches Ansinnen nachhaltig sinken.

Sie haben natürlich Recht, dass wir das Geld der SportpauSchale, das man zum Bau der Vossbruchhalle aber schlicht schon ausgegeben hat, so gut brauchen könnten, wie selten zuvor. Denn, ob wir wollen oder nicht, wir werden den Sportvereinen die Kosten für die von ihnen genutzten Sportanlagen, über kurz oder ein wenig länger, zu großen Teilen in Rechnung stellen müssen. Dazu zwingt uns die Kommunalaufsicht und der Weg, den wir bisher eingeschlagen haben, uns mit allen Vereinen an einen Tisch zu setzen, ist der richtige und bisher auch leidlich erfolgreich. Ich wünsche uns allen, den Vereinen und vor allem den vielen Kindern und Jugendlichen, die dort aktiv sind, dass wir gemeinsam eine Lösung finden, die es uns ermöglicht, das gute, breite Sportangebot in allen Kirchdörfern aufrecht zu erhalten und die Vereine nicht ruiniert. Dazu ist Geschlossenheit in der Politik von Nöten. Wir müssen diskutieren, das ist klar, aber wir brauchen eine gemeinsame politische Linie im Umgang mit den Vereinen, ansonsten wird es keine halbwegs gerechte Lösung geben können. Deshalb appellieren wir eindringlich, das Thema, soweit es geht aus dem bald beginnenden Wahlkampf heraus zuhalten. Wir würden uns sehr freuen, wenn wir bis zur heißen Wahlkampfphase eine gemeinsame Position verbindlich festschreiben und dann über alle Parteigrenzen hinweg gemeinsam im Wahlkampf vertreten würden.

Wobei wir beim Thema freiwillige Leistungen wären. Denn es ist schon häufiger gesagt worden, die Unterstützung der Vereine ist eigentlich keine freiwillige Leistung. Was alle Vereine in Lindlar leisten ist Sozialpolitik, Gesundheitspolitik, Bildungspolitik, Integrationspolitik, Gesellschaftspolitik usw. und alles das sind Pflichtaufgaben, die wir eigentlich übernehmen müssten, aber die Kommunalaufsicht sieht das anders.

„Ist das eine freiwillige Leistung? Wird sich darauf die Kommunalaufsicht einlassen?“, das sind die Fragen, über die wir hier viel diskutiert haben.

Aber es sind die falschen Fragen! Die richtige Frage ist eigentlich: Ist die jeweilige Maßnahme das Geld, was wir für diese ausgeben wollen, wert? Sind die Ausgaben wert, dass nachfolgende Generationen Zinsen und Zinseszinsen dafür zahlen müssen, ohne je die Chance gehabt zu haben, darüber selber zu entscheiden. Deshalb ist auch die Argumentation, da kriegen wir X € vom Land, oder Y € aus dem Programm Z, nur aus der Lindlarer Perspektive richtig. Klar ist, welcher öffentliche Haushalt auch immer Geld ausgibt, es sind neue Schulden, die später von allen gemeinsam zurückgezahlt werden müssen.

Deshalb können wir es z.B. überhaupt nicht nachvollziehen, dass in Gummersbach mit Steuermitteln eine Halle für einen akut abstiegsgefährdeten Profi-Handballverein gebaut wird. Aber bleiben wir in Lindlar und kommen zu größten freiwilligen Leistung im Haushalt 2012, der Umgestaltung der Jan-Wellem-Strasse. Diese Straße ist laut Angaben der Verwaltung - und jeder, der darüberfährt, kann es bestätigen - nur mäßig sanierungsbedürftig. Auch die Wasser-/Abwasserohre unter der Straße müssen derzeit nicht erneuert werden. Trotzdem sollen unglaubliche € 672.000.- für den Straßenbau in die Hand genommen werden mit dem Ziel der Attraktivitätssteigerung. Dazu kommen noch fast 400.000 Euro für den Wasser- und Abwasserbau, die über die Wasser-/ und Abwassergebühren gegenfinanziert werden. Zusammen ist das über eine Million Euro für Attraktivitätssteigerung, für hübscher machen! Verstehen Sie uns nicht falsch, jeder Ort sollte so schön gemacht werden, wie es nur irgendwie geht, wenn das Geld da ist. Aber wir haben das Geld nicht. In einer Zeit, wo wir gezwungen werden, uns das Duschwasser der Kinder und Jugendlichen in den Sportvereinen bezahlen zu lassen, in einer Zeit, in der wir um jede € 500.- für „freiwillige Ausgaben“ betteln müssen, sollen wir über eine Million Euro für die „freiwillige“ Attraktivitätssteigerung bzw. Aufhübschung einer Straße ausgeben? Keiner der hier im Raum sitzenden Hausbesitzer würde auch nur wage auf die Idee kommen, an seinem Haus Schönheitsumbauten vorzunehmen, wenn er sich schon jetzt Zinsen und Unterhalt nicht leisten kann. Warum ist das mit Steuergeldern also dem Geld der Lindlarer Bürgerinnen und Bürger anders?

Ähnlich verhält es sich mit dem Bau eines weiteren Verwaltungsgebäudes. Wir waren die einzige Fraktion, die klar in einem Antrag formuliert hat, dass das schlicht nicht geht!

Zum Ende sollte man natürlich auch Perspektiven aufzeigen, wie wir wieder etwas handlungsfähiger werden könnten. Hätte wir uns vor knapp 20 Jahren wie die Gemeinde Nüm-

brecht dafür entschieden, die Stromversorgung der Lindlarer selber in die Hand zu nehmen, anstatt dieses Geschäft der BELKAW zu überlassen, könnten wir über die Gewinne, die wir sicherlich erwirtschaften würden, denn was die Nümbrechter können, könnten wir doch bestimmt auch, viele der Maßnahmen, die wir uns leider nicht leisten können, wie die Unterstützung der Sportvereine oder mehr Jugendarbeit, finanzieren. Und Lindlar wäre bedeutend klimafreundlicher. Denn neben den Gemeindewerken Nümbrecht, mit seinem ausschließlichen Ökostrom und seinen vielen Klimaschutzangeboten und -programmen, sieht die BELKAW aus wie ein Wolfgang-Clement-Gedächtnis-Unternehmen von vorgestern. Also lassen Sie uns 2012 die Weichen stellen, dass auch wir das Stromgeschäft in Lindlar nicht mehr andere machen lässt. Für Lindlar und das Klima!

Dem Haushalt 2011 haben wir im letzten Jahr nicht zugestimmt, weil wir den Umgang mit dem Geld der kommenden Generationen in Lindlar oft nicht teilen konnten und weil wir das Vertrauen in den Haushalt nicht hatten. Das Vertrauen war weg, weil im Vorjahr gesperrtes Geld für „Allgemeinen Grunderwerb“ einfach zweckentfremdet worden war. Damals, in meiner letzten Haushaltsrede, habe ich gefragt: „Was wird wohl 2011 mit diesem offensichtlichen Geldparkplatz passieren?“ Und 2011 ist das Geld tatsächlich wieder nicht für „allgemeinen Grunderwerb“ ausgegeben worden? Wie soll man da dem Haushalt vertrauen, wenn man sich wiederholt nicht darauf verlassen kann, dass das Geld auch beschlussgemäß ausgegeben wird?

Deshalb können wir aus den Gründen wie im letzten Jahr auch dieses Jahr dem Haushalt nicht zustimmen.

Wir danken Herrn Hütt und seinem Team für die gute Zusammenarbeit und Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Wir danken an dieser Stelle natürlich Herrn Dr. Tebroke, der ja heute seine letzte Ratssitzung leitet, wir wünschen Ihnen alles Gute in Rheinberg!

Frohe Weihnachten und einen „Guten Rutsch“!



Patrick Heuwes  
Fraktionssprecher



## FDP-Fraktion im Rat der Gemeinde Lindlar

### Zum Haushaltsplanentwurf der Gemeinde Lindlar 2012

Verehrte Damen und Herren,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr verehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,

alle Jahre wieder ... sitze ich - wie immer sprachlos - vor den leeren Blättern, die ich mir für die Haushaltsrede zu Recht gelegt habe, um etwas Wichtiges, etwas Bedeutendes, etwas Wegweisendes zu Papier zu bringen, ... was natürlich nie gelingt.

Unser politisches Handeln hängt in immer größerem Maße von finanziellen Einflussgrößen ab, die in Berlin, in Düsseldorf, in Köln und in Gummersbach festgelegt werden. Von dort empfangen wir die umzusetzenden Willenserklärungen. In Lindlar müssen wir den fremden Willen dann entsprechen.

„Willst du dich vor Leid bewahren,  
so flehe zu den Unsichtbaren,  
dass sie zum Glück den Schmerz verleih'n!  
Noch keinen sah ich fröhlich enden,  
auf den mit immer vollen Händen  
die Götter ihre Gaben streu'n.“

(Friedrich von Schiller)

Das Ergebnis dieser Fremdbestimmungen sind Haushalte, die defizitär sind. Die gerechte Strafe, die sich am Horizont abzeichnet, wird für die Landes- und Bezirksregierungen sein, dass sie sich, wenn das Eigenkapital verzehrt sein wird, um die Bewirtschaftung der kaputtgemachten Gemeinwesen selbst bemühen müssen. Welch ein Trost?!

„Wie gar manches in der Welt einen umgekehrten Gang nimmt,  
so häufen sich die Forderungen, die an uns geschehen, mit dem Alter,  
das uns, ihnen genug zu tun, unfähiger macht.“ (Johann Wolfgang von Goethe)

Aber welche Aussicht haben wir? Uns über eine fremdbestimmte Bevormundung vor dem Niedergang oder nach dem aberwitzig fremdverschuldeten Auseinanderbrechen zu freuen, ist kein Plan!!!

„Nur schmeckt die Rache nicht sehr süß  
Es hat der frech Beleidigte den Nachteil,  
Dass die Tat ihm die Besinnung selbst der Rache raubt  
Und dass in seiner eignen Brust ein Freund des Feindes aufsteht

Wider ihn,  
Die Wut."

(Ewald von Kleist)

Ein Gutes hatte die Vorbereitung auf den Haushalt 2012. In einer fast einstimmig anmutenden Gemeinsamkeit wurden von der Verwaltung geplante Maßnahmen von den vier im Rat vertretenen Parteien zeitlich verschoben (Neugestaltung Jan-Wellem-Strasse), in Frage gestellt (Rathausum- bzw. Neubau/Ausstattung des Ratssaales/zukünftige Raumleerstände in Schulen/Verkauf der Alten Schule usw.) und deren Mittelansätze gesperrt oder ganz gestrichen.

Keine Bange, es gab auch strittige Themen und kontroverse Abstimmungen zu Vorschlägen.

Die Behandlung der Dichtheitsprüfung der privaten Abwasserrohre nach § 61a des Landeswassergesetzes NRW wurde zusammen mit den Stimmen der CDU bis Ende 2012 ausgesetzt. Das fanden die „roten Hosen“ und die grünen Bündnisvertreter nicht so prickelnd. Aber Mehrheit ist Mehrheit. Ob wir damit Zeit gewonnen oder verloren haben, wird sich in Düsseldorf entscheiden.

Nachdem Anträge der FDP und des SV Linde dunkle Wolken über die „freiwilligen Ausgaben“ (Förderung des Sports in Lindlar) lt. CDU heraufziehen ließen, versuchte die CDU krampfhaft das Thema unter dem Tisch zu halten. Die Öffentlichkeit sollte im Unklaren bleiben und die Bombe sollte erst im letzten Moment platzen.

Da das nicht in unserem Sinne war, wurde das Thema zuerst hinter verschlossenen Türen und dann öffentlich behandelt. Wundersamerweise wurde am 08. November der Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt der Öffentlichkeit bekannt gegeben und dort tauchte dann die geballte Kritik der GPA an der Sportförderung Lindlar's schriftlich auf.

Der neueste Versuch der CDU ist ein Antrag, die Grundsteuer B für alle Hausbesitzer und Mieter zu erhöhen. Damit sollen die Sportfördermittel, die z. Zt. in der Finanzierung der Voßbruchhalle gebunden sind, freigeschaufelt werden, wenn das seitens der Bezirksregierung genehmigt wird. Die dann freien Mittel sollen den notleidenden Sportvereinen zu Gute kommen.

Soweit der Plan der CDU.

Wir waren schon immer dafür, dass den Vereinen und somit den Sporttreibenden geholfen wird. Aber Hausbesitzer und Mieter zur Kasse zu bitten, um Sportvereinen zu helfen, ohne die Betroffenen zu fragen, stimmt uns sehr, sehr nachdenklich.

Normalerweise wird man dafür bestraft, wenn man jemandem ohne Einwilligung in die Tasche greift und etwas herausnimmt. In Lindlar will das die CDU praktizieren.

Wir kämpfen in Lindlar für transparente, freie und bürgernahe Entscheidungen.

Der kurzfristige Plan muss sein, den Eigenkapitalverbrauch noch möglichst lange heraus zu zögern.

Mittelfristig müssen Schulden getilgt und die Zinslast verringert werden. Aber gerade steigende Zinsmargen bei sinkenden Zuverlässigkeitseinstufungen der Gemeinde durch die

Banken wirken dem drastisch entgegen. Die Banken-/Finanz-/Wirtschaftskrise hat dazu geführt, dass Banken kein Geld mehr verleihen und dadurch nur noch wenig Geld im Verleihgeschäft akquirieren. Dafür sind die Kontoführungsgebühren für die Kunden drastisch gestiegen (ca. um das 6fache). Und es droht eine Zinsexplosion. Das Streben der Banken ist gewinnorientiert und läuft gegen die Interessen der Gemeinde, die die Kredite und die damit verbundenen Zinsaufwendungen nicht los wird. Pech gehabt Gemeinde. Die Banken können getrost abwarten.

Langfristig droht ein Desaster ...

Aber es gibt ja nicht nur drohende Wolken für uns Bürger im eigenen Haus.

Die Krankenversorgung im ländlichen Bereich scheint immer bedrohter. Sowohl die Ausstattung mit qualifizierten niedergelassenen Ärzten, als auch die stationäre Anbindung an eine zeitgemäße HighEnd Krankenhausversorgung müssen immer mehr in Frage gestellt werden. Zum einen wegen der Bezahlbarkeit, Zum anderen wegen des fehlenden Nachwuchses des pflegerischen und medizinischen Personals im Ländlichen.

Müssen wir in Zukunft unsere Pfleger, Fütterer, ja evtl. OP-Hilfskräfte selbst mit ins Krankenhaus bringen, wenn wir operiert werden wollen?

Was ist mit der Kindergarten-, Schulkinder- und Schulaufgabenbetreuung in einer Gesellschaft, die immer mehr Menschen in den Ganztagsberuf zwingt und die Kinder sich selbst überlässt? Was ist mit der Qualifizierung der Mitarbeiter von Kindergärten und Schulen, die aber nichts kosten dürfen? Die helfenden Berufe werden in einer demographisch alternden Gesellschaft immer wichtiger, aber auch immer unbezahlbarer! Wo ist das Umdenken? Die gleichen Fragen wirft das Alter auf. Barrierefreies Leben/betreutes Wohnen/Altersheime/Hospize etc.

In Zukunft werden enorm hohe Qualifikationen für die Bereiche Kinder-, Familien- und Altersbetreuung nötig. Diese müssen bezahlt werden, sonst betreut und pflegt niemand. Diese Kosten werden aus heutiger Sicht die Soziallasten für private und auch für Öffentlich-Rechtliche Haushalte überlasten, evtl. sprengen.

Die Gesellschaft muss umgebaut werden und die im sozialen Bereich Tätigen werden eine andere Anerkennung brauchen, einfordern und bekommen müssen.

Im ersten Gleichstellungsbericht/Gutachten der Sachverständigenkommission

### **„Neue Wege – Gleiche Chancen**

#### **Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebenslauf“**

vom 16. Juni 2011 wird auf den Seiten 217 ff. festgestellt (ich zitiere sinngemäß, aber auch wörtlich, ohne dies hier wissenschaftlich korrekt zu kennzeichnen):

- Männer leisten (Betrachtungen der Jahre 2001 bis 2004) 61 % der bezahlten Arbeitsleistungen und Frauen 39%. Das entspricht 63,93% der bezahlten Arbeitsleistungen der Männer dürfen von Frauen erbracht werden;
- Frauen verdienen 13,91 € und Männer 17,99 € durchschnittlich je Stunde; also werden Frauen bei gleicher Qualifizierung 22,68% schlechter bezahlt;

- Männer erwirtschaften jährlich 640 Mrd. € und Frauen 310 Mrd. €, zusammen 950 Mrd. € Arbeitsentgelte p. a.; somit erhalten Frauen 48,44% der Arbeitsentgelte der Männer in Deutschland;
- bewertet man das „Einkommen“ nach dem „Dritt-Personen-Kriterium“, das Tätigkeiten in Geld bewertet, wenn diese von Dritten gegen Bezahlung im Markt angeboten werden, dann ergibt sich ein Umfang von 96 Mrd. Stunden (2003) unbezahlter Arbeit in der Bundesrepublik; das entspricht dem 1,7 fachen Zeitaufwand der bezahlten Arbeitsleistungen in unserem Land;
- „Zusammengefasst erbrachten ... Je nach Bewertungsansatz [Anmerkung des Redners: bezahlt und unbezahlt zusammengefasst] ... Frauen im Jahr ... zwischen 730 und 1.680 Mrd. €uro und ... Männer zwischen 920 und 1.520 Mrd. €uro. Diese Zahlen machen deutlich, welche Rolle die Bewertung der unbezahlten Arbeit bei einer Bilanzierung spielt...“ (Seite 219, Spalte links, 2. Absatz).
- Das deutsche Sozialsystem soll folgende Risiken abfedern:
  - o Armut;
  - o Krankheit;
  - o Invalidität;
  - o Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten;
  - o Arbeitslosigkeit;
  - o Mutterschaft;
  - o Familiengründung;
  - o Alter;
  - o Pflegebedürftigkeit und
  - o Tod (Zurücklassen von Angehörigen).

Man stelle sich einerseits vor, die bisher von Frauen und Männern unentgeltlich geleisteten Stunden, die mit 700 Mrd. € bis 2.250 Mrd. € im Jahr in dem Gutachten bewertet sind, müssten in Zukunft von den Bürgerinnen + Bürgern bezahlt werden?! Was würde dann passieren?

Auf der anderen Seite würden diese Einkommen - die heute besonders Frauen nach Trennungen und im Rentenalter (wegen zu geringer Erwerbstätigkeitsbezüge) in die Armut und somit in die Sozialämter treibt - wesentlich zur Verringerung der Sozialstaatsausgaben beitragen.

Das Steuersystem des Staates und der gesetzlichen Sozialversicherungssysteme sowie der sozialrechtlichen Verpflichtungen der öffentlichen Haushalte würde wesentlich verändert.

Es gilt die hochqualifizierten Ressourcen der Frauen endlich zu bergen, anzuerkennen und entgeltlich zu würdigen, um die Probleme der gesellschaftlichen Gleichberechtigung und Gleichbehandlung sowie der demographischen Zukunft überhaupt ansatzweise lösen zu können.

Ich glaube, dann werden wir auch mit den finanziellen Problemen der Öffentlichen Hand zurechtkommen, wenn wir es vermeiden, zukünftig erwartete Honig und Milchströme schon vorher wieder auszugeben.

Der Paradigmenwechsel steht an, denn

wir brauchen die

- Gleichstellung der zweiten Hälfte unserer Gesellschaft, der Frauen;
- gerechte Bezahlung der bis heute nicht anerkannten „Stundenleistungen“ in sozialen Einrichtungen bzw. in der Familie für Kinder, Jugendliche und Ältere;
- Vergeudung weiblicher Qualifizierungen (bis hin zur akademischen Ausbildung), indem wir den Frauen die Möglichkeit zur parallelen beruflichen Karriere und zur Familienplanung bieten, nicht;
- Männer, die dementsprechend zur Teilhabe an den Tätigkeiten in der Kinder-, Jugend- und Altenbegleitung allgemein und im privaten Haushalt aufgefordert sind und diese Aufgaben auch gleichberechtigt wahrnehmen;
- in den Sozialbereichen Tätigen. Wir müssen Ihnen eine den zukünftig geforderten Qualifizierungen entsprechende Anerkennung, Bezahlung sowie Lebensplanung ermöglichen.

Und dann klappt's auch mit den Problemlösungen ...

Wir würden uns wünschen, dass Berichte, wie z. B. am 11.11.2011 in der BLZ auf Seite 37 unter dem Titel „Das verkraftet kein Haushalt“ veröffentlicht, nicht nur das Negative beleuchten. Es gibt doch immer Chancen. Unser Antrag zum Beispiel, Baugebiete zu erschließen und mehr Bürger zum Leben in Lindlar einzuladen, wurde als unrealistisch und nicht zielführend abgelehnt.

Dies ist unserer Meinung nach symptomatisch für die herrschende Meinung in Lindlar.

Bitte nicht über ein anderes Vorgehen nachdenken. Kein Bemühen, um neue Lösungsansätze. Lindlar ergibt sich so scheinbar in das unausweichliche Schicksal. Diese dem Naturalismus nahestehende Verhaltensweise, sich dem Schicksal hinzugeben, gehört u. E. ans Ende des 19. Jahrhunderts. Lindlar hat selbst dazu beigetragen, dass es uns heute **SO** schlecht geht. Es sind nicht nur die anderen Schuld.

Es wird Zeit, die Ärmel hochzukrempeln und in die andere Richtung zu denken und zu handeln.

Wir lehnen den Pessimismus des vorgelegten Haushalts ab.

Wir fordern die Verwaltung auf, endlich auch in die Richtung zu schauen, wo es neue Möglichkeiten gibt.

Wir wünschen uns das gemeinsame Entgegenstemmen aller politischen Kräfte der Gemeinde contra der drohenden Überschuldung und eine Stimmung, die zum Ausdruck bringt, dass wir uns nicht aufgeben.

Wir stimmen dem vorgelegten Haushaltsplan **NICHT** zu. Die psychologische Grundstimmung des Haushalts ist falsch.

Wir danken dem scheidenden Bürgermeister Dr. Hermann-Josef Tebroke für seinen Einsatz in den zurückliegenden sieben Jahren. Auch wenn wir eine andere Politik bevorzugt hätten, so bestätigen wir Ihnen dennoch gerne Ihren unermüdlichen Einsatz, Ihre emotionslose Sachlichkeit und Fairness, Ihre erfolgreiche Reorganisation der Verwaltung und Ratsarbeit. Ihr Bemühen, die Gemeindekosten zu senken, ohne Standards zu verlieren, ist Ihnen glücklicherweise gelungen. Das Glück des Tüchtigen und des Klugen.

Friedrich der Große hat in diesem Zusammenhang gesagt „Die Klugheit ist sehr geeignet, zu bewahren, was man besitzt, doch allein die Kühnheit versteht zu erwerben.“

Auch Kühnheiten haben Sie im Rahmen der Möglichkeiten versucht, ohne sich finanziellen Spekulationen hinzugeben und haben somit die Gemeinde Lindlar davor bewahrt, was in anderen oberbergischen Gemeinden beinahe zum Gau geführt hat.

Wir wünschen Ihnen persönlich alles Gute, beruflich die Herausforderung, die sie sich erhoffen und menschlich, dass sie noch lange unser Lindlarer Nachbar bleiben.

Mit liberalen Grüßen

Ihre

Erika L o b



Ihr



Harald F r i e s e

Tischvorlage zu TOP 17  
Anlage 8

51789 Lindlar,

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
PLZ, Ort

\_\_\_\_\_  
E-Mail-Adresse

## Einverständniserklärung

Unter Bezugnahme auf die von der Verwaltung angebotene Optionsmöglichkeit erkläre ich hiermit rechtsverbindlich, dass ich ab sofort die Einladungen zu allen gemeindlichen Rats- und Ausschusssitzungen nicht mehr in Papierform, sondern ausschließlich auf elektronischem Wege zur Verfügung gestellt bekommen möchte.

Die Übermittlung auf elektronischem Wege wird derart ausgestaltet sein, dass die Einladung und die Tagesordnung zur jeweiligen Sitzung im Anhang einer E-Mail an die angegebene E-Mail-Adresse übersandt werden. Gleichzeitig wird diese E-Mail eine Verlinkung zur Eingabemaske des geschützten Bereichs der gemeindlichen Internetseite enthalten. Nach Eingabe des persönlichen Benutzernamen und Kennworts kann anschließend unter dem jeweiligen Sitzungstermin des Fachausschusses bzw. der Ratssitzung auf die maßgeblichen Vorlagen zur Sitzung Zugriff genommen werden.

Mir ist bekannt, dass ich für das Ausdrucken der Einladung mit Tagesordnung und der Sitzungsvorlagen sowie für den dafür entstehenden Zeitaufwand etc. keine separate Kostenerstattung in Anspruch nehmen kann.

Mir ist ferner bekannt, dass ich die datenschutzrechtlichen Vorschriften im Umgang mit den zur Verfügung gestellten nichtöffentlichen Sitzungsvorlagen zu beachten habe. Insbesondere habe ich diese beim Ausdrucken vor der Kenntnisnahme und dem Zugriff durch unberechtigte Personen zu schützen. Ferner ist es mir untersagt, Benutzernamen und Kennwort des geschützten Bereichs der gemeindlichen Internetseite Dritten zur Verfügung zu stellen.

\_\_\_\_\_  
Eigenhändige Unterschrift  
des Ratsmitglieds bzw. skB

**Gemeinde Lindlar**  
**Zentrales Grundstücks- und Gebäudemanagement**  
**ZGM – Kä/**

## **Gesprächsvermerk**

**Datum:** 12.12.2011

**Betreff:** **Abstimmung der künftigen Verwendung der Sportpauschale innerhalb der Gemeinde Lindlar sowie die Klärung der Frage „gefährdet die finanzielle Unterstützung der Vereine die Genehmigung des Kommunalhaushaltes der Gemeinde Lindlar durch die Aufsichtsbehörde“**

---

**Teilnehmer:**

Herr Jochen Hasenbach	Amtsleiter des Amtes für Finanzwirtschaft und Kommunalaufsicht des Oberbergischen Kreises
Herr Olaf Baumann	Abteilungsleiter der Kommunalaufsicht des Oberbergischen Kreises
Herr Werner Hütt	Kämmerer der Gemeinde Lindlar
Herr Harald Käsbach	Leiter des Zentralen Grundstücks- und Gebäudemanagements der Gemeinde Lindlar

Zunächst wurde die Frage erörtert, ob die Sportpauschale künftig, anstatt wie bisher, zur Finanzierung der Vossbruchhalle zur Deckung der freiwilligen Leistungen an die Sportvereine verwandt werden kann. Seitens Herrn Hasenbach und Herrn Baumann wurde aufgezeigt, dass die Gemeinde die Sportpauschale nur dann zur Unterhaltung anderer Sportanlagen verwenden kann, wenn diese Sportanlagen zumindest 50 % dem Schulsport (Pflichtleistung) und dem Kinder- und Jugendsport (privilegiert freiwillige Leistung) zuzuordnen sind. Da die Sportanlagen, wie das Volksbank Parkstadion in Lindlar, die ONI Arena in Frielingsdorf und das P3 Waldstadion in Schönenborn in jedem Fall zu mehr als 50 % dem Schulsport und dem Kinder- und Jugendsport dienen, wurde seitens der Kommunalaufsicht in Aussicht gestellt, dass der gemeindliche Anteil an den Rückstellungen zur Sanierung dieser Anlagen (Verpflichtungsrückstellung) in Höhe von rund 33.000 € per Anno aus der Sportpauschale erfolgen kann.

Darüber hinaus wurde seitens der Kommunalaufsicht mitgeteilt, dass man sich vorstellen kann, dass die Gemeinde 40 % der Sanierungskosten (400.000 €) für den Sportplatz in Fragenberg (Altbestand aus Zeiten der Grundschule) = 160.000 € bereitstellen darf, wenn der Verein aufzeigt, dass dort mehr als 40 % privilegierte Kinder- und Jugendarbeit stattfindet und bereit ist, die übrigen Kosten in Höhe von geschätzt 240.000 € selbst zu tragen.

Seitens Herrn Baumann wurde darüber hinaus mitgeteilt, dass nach einer Entscheidung des Innenministers des Landes NRW aus dem Jahre 2009 die Gemeindeordnung und die Gemeindehaushaltsverordnung Vorrang vor dem Gemeindefinanzierungsgesetz besitzen. Insoweit dürfen Kommunen, die ihr Eigenkapital verzehren, keine freiwilligen Leistungen erbringen und insbesondere keine Zuschüsse an Vereine zahlen. Die Gemeinde Lindlar ist damit gut beraten, die Vereine schon jetzt mit in die Verantwortung und Kostentragung der durch sie verursachten Kosten einzubinden.



---

Harald Käsbach  
Leiter ZGM und Sportförderung



---

ges. Werner Hütt  
Kämmerer